

Versprochen wird uns mit den »Public Private Partnerships«¹ eine auch für Hamburg nützliche Kooperation zwischen privatem Kapital (das auch in öffentlichem Besitz sein kann) und öffentlichem Sektor, mit der dem Investitionsstau und den leeren öffentlichen Kassen entgegengewirkt werden könne.

Was nach Partnerschaft auf Augenhöhe klingt und als »Zaubermittel« gegen wachsende Staatsverschuldung gepriesen wird, erweist sich bei näherem Hinsehen nur als eine nicht einmal besonders intelligente Variante des (Aus-)Verkaufs staatlichen oder öffentlichen Eigentums.

Wie funktioniert ÖPP?

Ein privater Investor übernimmt die Sanierung oder den Bau einer Schule, eines Rathauses, eines Krankenhauses oder eines Gefängnisses. Auch die Verantwortung für die Planung und Finanzierung liegt in seinen Händen. Hinzu kommt dann noch der langfristige Betrieb der Einrichtungen. Die öffentliche Hand zahlt dafür im Gegenzug 20 bis 30 Jahre lang eine Art Miete oder »Entschädigung«.

Moderner, effizienter? Was zeigt die Praxis?

In Hamburg gibt es – wie anderswo – Investitionsstaus und leere öffentliche Kassen. Auch hier hat der CDU-Senat auf das »Zaubermittel ÖPP« gesetzt. In einem großen ÖPP-Versuch werden seit 2007 auf diesem Weg und zugleich als »zukunftsweisendes« Modell 32 Schulen in Hamburgs Süden »saniert«.

Obwohl der Senat trotz einer entsprechenden Aufforderung des Rechnungshofes der Freien und Hansestadt bisher eine Zwischenbilanz dieses Experiments verweigert, ist schon jetzt sichtbar, dass das Ganze mit

erheblichen Nachteilen verbunden ist und sich langfristig auch nicht »rechnet«.

Die Belastungen des Modellprojektes belaufen sich für die Hansestadt über den Zeitraum von 25 Jahren auf ca. 750 Millionen Euro, was den finanzpolitischen Spielraum der Stadt massiv einengt. Sollte das Experiment wie vorgesehen auf weitere 440 Schulen ausgeweitet werden, bedeutete dies die Belastung der Stadt mit einem Gesamtvolumen in Höhe von weiteren acht bis zehn Milliarden Euro.

Die Praxis zeigt, dass ÖPP keine intelligentere Lösung der Probleme ist, sondern der Ausverkauf weiteren »Tafelsilbers« unter anderem Namen – zudem verbunden mit weniger Qualität, weniger Einkommen und mehr Arbeitsstress für die Beschäftigten sowie Demokratieabbau.²

Dennoch verkünden Landesregierungen unterschiedlichster Couleur, aber auch die Bundesregierung unverdrossen: Öffentlich Private Partnerschaften stehen für modernes, effizientes Verwaltungshandeln. Damit werde das Ziel verfolgt, durch eine langfristig angelegte Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und privater Wirtschaft öffentliche Infrastrukturprojekte effizienter zu realisieren als bisher. Davon kann nach den vorliegenden Erfahrungen nicht die Rede sein.

Was handeln sich die Kommunen dafür ein?

- Pfusch und Fehlplanungen am Bau;
- kaum Mitbestimmung der Betroffenen;
- jahrelanger Zwang für die BürgerInnen, mit fehlgebauten öffentlichen Gebäuden leben zu müssen;
- »Outsourcing« von Aufgaben und Mitarbeitern;
- damit unsicherere und verschlechterte Arbeitsbedingungen;
- »Effizienzgewinne«, wenn überhaupt, durch Lohn-dumping.

Warum gehen Politiker solche Kooperationen ein?

Die Praxis der direkten und schnellen Privatisierung durch den Verkauf öffentlicher Einrichtungen ist nach schlechten Erfahrungen in Verruf gekommen und politisch kaum noch durchsetzbar.

An deren Stelle treten nun Öffentlich Private Partnerschaften, mit denen die Staatsverschuldung in Grenzen gehalten werden soll, indem man das Privatkapital für öffentliche Investitionen heranzieht. Dies entpuppt sich allerdings schnell als »Trick«, denn das Argument, der Bau einer neuen Schule durch einen privaten Investor würde die Staatsverschuldung und die vom Steuerzahler zu tragenden Zinsen reduzieren, zieht nicht wirklich: Die Zinsbelastung wird mindestens verdoppelt und die Schulden bleiben am Ende doch wieder am Staat hängen.

»Pferdefuß« Zinsen

Die privaten Investoren der ÖPP-Projekte leihen sich einen Großteil der Investitionssumme bei Banken und müssen dafür Zinsen zahlen. Aber wie jeder andere Vermieter auch zahlen sie diese Zinsen nicht selbst, sondern schlagen sie auf die »Miete« auf. Deshalb ist es ihnen auch egal, dass sie einen höheren Zins an die Bank zahlen müssen, als wenn die kreditwürdigere öffentliche Hand den Kredit selbst aufgenommen hätte. Hat nun der Staat auch weiterhin kein Geld, wozu die abnorm hohen »Mieten« der ÖPP-Projekte einen Beitrag leisten, so muss er die »Miet«zahlungen doch wieder über Kredite finanzieren und deren Zinslast noch zusätzlich tragen. Er zahlt also doppelt.

Fragwürdige Rechtskonstruktionen

Die ÖPP-Projekte basieren auf fragwürdigen Rechtskonstruktionen. Die finanziellen Verpflichtungen der öffentlichen Institutionen wie Länder und Kommunen

¹ Wir verwenden im Folgenden die deutsche Bezeichnung Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP).

² Die Fraktion der LINKEN in der Hamburgischen Bürgerschaft hat dazu eine ausführliche Broschüre vorgelegt (siehe Rückseite)

werden ohne demokratische Kontrolle an Finanzakteure weiterverkauft. Der Staat geht langfristige Verpflichtungen ein, die den Bürgerinnen und Bürgern und selbst den Parlamenten verheimlicht werden.

Solche Praktiken sind eine Gefährdung demokratischer Kontrollrechte. Schwarz-Gelb, Schwarz-Rot, aber auch Rot-Grün vertreten entweder die Logik der direkten Privatisierung oder aber deren verschleierte Variante ÖPP. In beiden Fällen werden öffentliche Aufgaben privaten Investoren übertragen. Damit liefern die Gemeinden die Gesundheitsversorgung, die Bildung sowie öffentliche und soziale Infrastruktur der Kapitalverwertung aus.

DIE LINKE steht für Re-Kommunalisierung...

Eine solche Orientierung trägt DIE LINKE nicht mit. Sie fordert stattdessen konkrete Schritte in Richtung der Re-Kommunalisierung der Versorgung mit Wasser und Energie. Auch Gesundheitsvorsorgung, Schulgebäude und Bildung sollen wieder durch kommunale Betriebe übernommen werden.

... und für demokratische Reformen öffentlicher Strukturen

Natürlich ist das nicht umsonst und ohne eine Reform öffentlicher Strukturen zu haben. Aber die Finanzierung von Zukunftsinvestitionen zum Beispiel an den Schulen ist günstiger, transparenter und demokratischer als vermeintlich kostengünstigere ÖPP-Lösungen.

Öffentlich Private Partnerschaft ist keine besonders intelligente Form der Privatisierung, sondern deren Fortsetzung mit untauglichen Mitteln.

Kontakt:

Fraktion DIE LINKE
in der Hamburgischen Bürgerschaft
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg

Telefon: 040/42831-2250

Telefax: 040/42831-2255

E-Mail: info@linksfraktion.hamburg.de

www.linksfraktion-hamburg.de

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

**Öffentlich
Private
Partnerschaften**

Eine besonders intelligente
Form der Privatisierung?

Joachim Bischoff
Ute Fortkamp
Bernhard Müller

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft



Die von Joachim Bischoff, Ute Fortkamp und Bernhard Müller verfasste ausführliche Broschüre zu Öffentlich Privaten Partnerschaften (u.a. mit einer Bewertung von Erfahrungen in Großbritannien und in Offenbach) kann über die Fraktion kostenlos bezogen werden.

Öffentlich Private Partnerschaften

**Warum DIE LINKE
für andere Lösungen eintritt**

